



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREISTAGSFRAKTION LANDKREIS HARBURG, GRUPPE SPD/UNABHÄNGIGER

SPD-Kreistagsfraktion Lkr. Harburg, Steinbecker Str. 24, 21244 Buchholz

An die
Redaktionen der Landkreis-Presse

Brigitte Somfleth
stellv. Fraktionsvorsitzende u.
Sprecherin im Schul-, Sport- u.
Kultur-Ausschuss

Meckelfeld, den 13.01.2016

Pressemitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung
**Schulsozialarbeit – SPD beantragt konkrete Hilfe,
statt „Zuständigkeitsgerangel“**
„Wir lassen die Schulen nicht im Regen stehen“

Die Notwendigkeit sozialpädagogischer Arbeit an Schulen im Landkreis Harburg ist in den Fraktionen und Gruppen im Kreistag des Landkreises Harburg eigentlich unbestritten. Aber während der Kreistagssitzung im Dezember wurde jedoch wieder deutlich, dass über die Zuständigkeit bei der Finanzierung dieser so wichtigen Aufgabe weder auf Landes- noch auf Kreisebene bisher Einigkeit erzielt werden konnte.

Dieses Zuständigkeitsgerangel zu Lasten der Schulen und der dort beschäftigten SchulsozialarbeiterInnen, die zur Zeit noch nicht wissen, wie es mit ihnen nach den Sommerferien weitergehen wird, ist jedoch nicht hinnehmbar.

Dies hat die Schulleitungen der am Projekt „Schulsozialarbeit unter inklusiven Gesichtspunkten“ beteiligten Schulen bewogen, noch im Dezember des vergangenen Jahres bewogen, einen „Brandbrief“ an den Landrat Rainer Remppe zu schicken mit dem Appell, sich für den Erhalt und die Fortsetzung dieses Projektes und seiner vorläufigen Weiterfinanzierung stark zu machen.

Auch die Gruppe SPD/Unabhängiger im Kreistag sieht die große Gefahr, dass wenn jetzt nicht spätestens mit den Beratungen für den Haushalt 2016/17 den betroffenen Schulen und den dort beschäftigten SozialarbeiterInnen signalisiert wird, dass über das laufende Schuljahr hinaus ihre Arbeit weiter finanziert werden wird, dass sie sich beruflich umorientieren und unsere Schulen verlassen werden.

SPD-Kreistagsfraktion
Landkreis Harburg
Steinbecker Straße 24
21244 Buchholz

info@spdfraktion-lkharburg.de
www.spdfraktion-lkharburg.de

Vorsitzender:
Tobias Handtke
Theodor-Heuss-Str.
111c
21629 Neu Wulmstorf

Telefon (040) 76113977
Mobil (0151) 23097091
t.handtke@spdfraktion-lkharburg.de

„Damit würde die erfolgreiche Arbeit an den Schulen, die auf pädagogischer und inhaltlicher Kontinuität basiert, abbrechen und müsste später wieder neu aufgebaut werden“, befürchtet Brigitte Somfleth, schulpolitische Sprecherin der Gruppe SPD/ Unabhängiger im Kreistag.

Um dies zu verhindern spricht sich die Gruppe in ihrem Antrag, der Anfang der Woche an die Kreisverwaltung geschickt wurde, entschieden **für die Fortsetzung** der Schulsozialarbeit an den Schulen, die zur Zeit hälftig vom Landkreis und den jeweiligen Städten und Gemeinden finanziert werden, über das Schuljahr 2015/16 hinaus aus und fordert die Einstellung der erforderlichen Mittel in den Doppelhaushalt 2016/17 zur **vorläufigen Weiterfinanzierung** dieser so wertvollen Arbeit.

„Auch der Gemeindeelternrat aus Neu Wulmstorf unterstütze diese Forderung vehement und hat sich dem Appell der Schulleitungen angeschlossen“ wusste Tobias Handtke, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion zu berichten und hatte daraufhin die Gruppe am Rande einer Besichtigung des Neu Wulmstorfer Schulzentrums zu einem Gespräch mit einer großen Zahl von VertreterInnen der Neu Wulmstorfer Schulen und des Gemeindeelternrates eingeladen, in dem das gemeinsame Anliegen bekräftigt wurde.

Deshalb gilt es jetzt, für dieses Anliegen eine Mehrheit im Kreistag zu erreichen. Denn es ist nicht akzeptabel, dass auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler der Streit ausgetragen wird. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulleitungen und zuallererst die betroffenen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiterinnen erwarten von der Politik eine Antwort, wie es weitergeht und keinen Fingerzeig auf andere. Gleichzeitig fordern die Sozialdemokraten die Landesregierung dazu auf sich stärker Ihrer Verpflichtung anzunehmen, „bis dahin lassen wir die betroffenen Menschen hier im Landkreis aber nicht im Regen stehen, das ist das Signal, was jetzt von der Politik ausgehen muss“, so Handtke abschließend.